Nr. 566
A 286

Morgen-Ausgabe

Berlin

Freitag, 30. November 1928

V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt", „Finanz- und Handelsblatt" — Sonntag Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau" — Mittwoch: „Reise und Wanderung". — Donnerstag: „Recht und Leben".

Wöchentlich 1,— Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch. Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Die Aktion des Reiches

Vertagte Koalitionsverhandlungen

Zwischen Regierung und Parteien sollten die am Dienstag eingeleiteten Verhandlungen über die neue Mehrheitsbildung im Reichstage heute fortgesetzt werden. Die angesetzte Besprechung ist aber abgesagt, auf einen späteren Termin verschoben worden. Die Reichsregierung muß jetzt ihre ganze Zeit und Aufmerksamkeit dem Kampfe im Industriegebiet widmen, der bereits mehr als vier Wochen zum Schaden der allgemeinen wirtschaftlichen Interessen geführt wird und dem man möglichst bald ein Ende machen muß.

Mit Billigung der Reichsregierung ist eine Aktion eingeleitet worden, die auf eine sofortige Wiedereröffnung der Betriebe in der Eisenindustrie abzielt. Mit dieser Aktion hängen wichtige Verhandlungen zusammen, die den heutigen Tag ausfüllen werden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen dazu gebracht werden sich freiwillig der Autorität einer Ober-Schiedsspruches zu unterwerfen, der gefällt werden soll von einer Persönlichkeit, die einen hohen Rang einnimmt, mit den Verhältnissen in der Metallindustrie besonders vertraut ist und sich als Mittler in großen Lohnkämpfen mehrfach bewährt hat. Es handelt sich nicht um ein „offizielles" Eingreifen der Reichsregierung, aber um eine Aktion, die von ihr gutgeheißen und gefördert wird, die die ernsthafteste Anstrengung darstellt, um rasch wieder zum Arbeitsfrieden im Ruhrgebiet zu gelangen. Wenn sie fehlschlägt, ist keine neue Möglichkeit für eine Vermittlung gegeben.

Daran gemessen wirken die Sorgen, die die Deutsche Volkspartei jetzt hat, etwas kleinlich. Es ist bereits berichtet worden, daß Dr. Scholz von der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei am Mittwoch zum Reichskanzler geschickt worden ist, um Einspruch dagegen zu erheben, daß die vom Reichstag bewilligten Mittel für die Nothilfe an die Ausgesperrten nicht durchweg im Sinne der Parlamentsbeschlüsse verteilt werden. Es hätten in vielen Fällen organisierte Ausgesperrte nahezu soviel, mitunter auch mehr an Unterstützung erhalten, als sie im Arbeitsfalle Lohn bezogen hätten. Diese Praxis verstoße gegen die Unparteilichkeit, die der Staat in allen Wirtschaftskämpfen aufrechterhalten müsse.

Das Reichskabinett hat auf diese Beschwerde hin eine Untersuchung angeordnet, die gemeinsam mit preußischen Organen durchgeführt werden soll. Die ins Ruhrgebiet entsandte Kommission soll für die Abstellung von Mißbräuchen sorgen und nach zwei Tagen Bericht erstatten. Schon aus diesem raschen Eingreifen ergibt sich, daß die Reichsregierung selbst eine Ueberschreitung der Nothilfe mißbilligt und gewillt ist, sich genau an die Parlamentsbeschlüsse zu halten.

Trotzdem hat die Reichstagsfrakiton der Deutschen Volkspartei gestern mehrere Stunden lang beraten, in welcher Form und mit welcher Schärfe sie ihre „Demarche" bei der Reichsregierung der Oeffentlichkeit bekanntgeben solle. Man hat sich schließlich auf ein offizielles Communiqué geeinigt, das den Sachverhalt wiedergibt, und eine anschließende Mitteilung, in der gesagt wird, daß Dr. Scholz den Reichskanzler „auf die ernsten politischen Folgen aufmerksam gemacht" habe, die sich aus den Mißständen bei der Gewährung von Unterstützung an die ausgesperrten Arbeiter ergeben. Das ist die mildere Lesart: es war noch eine weit schärfere Formulierung vorgeschlagen, in der von ernsten Rückwirkungen auf die Koalitionsverhandlungen die Rede war.

Es ist an sich schon ein ungewöhnliches Verfahren, daß eine Reichstagsfraktion die Oeffentlichkeit des Breiten über eine Intervention bei der Reichsregierung unterrichtet, obgleich die Abstellung der beklagten Mißbräuche bereits angeordnet und wohl auch schon durchgeführt ist. Eine andere Erklärung dafür als den Wunsch, sich das Wohlwollen der Eisen-Industriellen zu erwerben, ist nicht zu finden. Immerhin: es ist das gute Recht der Deutschen Volkspartei, an Mißständen Kritik zu üben, ihre Abstellung zu verlangen. Aber es widerspricht zumindest dem politischen Geschmack, bei jedem Anlaß mit der Kündigung zu drohen.

Für die neue Mehrheitsbildung ist die Deutsche Volkspartei allerdings nicht zu entbehren. Aber andererseits ist die Deutsche Volkspartei sehr stark daran interessiert, daß die Große Koalition zustande kommt. An dem Tage, an dem die Etablierung der neuen Mehrheit sich als unmöglich erweist oder an dem sie auseinander fällt, ist auch diesem Reichstag das Todesurteil gesprochen. Dr. Scholz und seine Fraktionsgenossen werden sich über ihre Chancen bei Neuwahlen kaum Illusionen hingeben. Aber davon abgesehen: es geht innen- und außenpolitisch jetzt um die Austragung so ernster Kämpfe, daß Parteien, denen das Reichsinteresse mehr ist als eine Redensart, darauf verzichten sollten, „Eindruck zu schinden" und vor der Regierung andauernd mit dem Revolver herumzufuchteln.

Lohn, Preis und Aussperrung

In der Mittwoch-Morgen-Ausgabe der „Vossischen Zeitung" hat der Geschäftsführer des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten, Direktor Karl Lange, dargelegt, weshalb nach Ansicht der Arbeitgeber höhere Löhne in der Eisenindustrie untragbar sind. Die folgenden Ausführungen Fritz Naphtalis, des Leiters der von den Gewerkschaften errichteten Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik, lassen das Verhältnis von Lohn und Preis in einem anderen Lichte erscheinen. Die Parteien streiten, die Betriebe liegen still, die Gesamtheit hat den Schaden. Wo bleibt die Autorität des Staates?

Nicht den Schwerpunkt verschieben

Von

Fritz Naphtali,

Mitglied des Reichswirtschaftsrats.

Wenn die Redaktion der „Vossischen Zeitung" mir unmittelbar im Anschluß an den Aufsatz von Direktor Karl Lange über Lohn und Preisentwicklung in der Eisenverarbeitung als Vertreter des gewerkschaftlichen Gedankenkreises hier das Wort erteilt, sei es mir gestattet, der kritischen Auseinandersetzung die Bemerkung vorauszuschicken, daß ich an sich bei dem gegenwärtigen Stand des Kampfes im Ruhrrevier es nicht für angängig halte, den Schwerpunkt der Diskussion auf die Frage der Lohn- und Preisentwicklung in der Eisenverarbeitung zu verschieben. Zunächst einmal handelt es sich jetzt darum, daß trotz eines vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärten Schiedsspruches mehr als 200 000 arbeitswillige Arbeiter von der Eisen schaffenden und Eisen verarbeitenden Industrie des Ruhrreviers auf die Straße gesetzt worden sind, daß die Produktion eines großen Gewerbezweiges stillgelegt worden ist und daß Hunderttausende von Arbeitern und Geschäftsleuten anderer Gewerbezweige durch diese Aussperrung gleichsfalls an der Verwertung ihrer Arbeitskraft gehindert werden, so daß eine kritische Zuspitzung der Gesamtkonjunktur in der deutschen Wirtschaft droht.

Angesichts dieser Lage steht die Frage, ob die Staatsautorität, die hinter der Verbindlichkeitserklärung im Schlichtungswesen steht, nur gegen streikende Arbeiter wirksam werden soll, oder ob sie auch gegenüber aussperrenden Unternehmern durchgesetzt werden muß, und die Frage, ob einer kleinen Schar von Unternehmern auf Grund ihres Eigentums an den Produktionsmitteln die Möglichkeit gegeben sein soll, der Gesamtwirtschaft schweren Schaden zuzufügen, ohne auf die Gebote des Staates als Sachwalters der Gesamtwirtschaft zu hören, an erster Stelle auf der Tagesordnung. Nur mit dieser Verwahrung gegenüber einer Verschiebung des Diskussionsfeldes, an der die Unternehmer, die die Verantwortung für die Ruhraussperrung schwer zu tragen vermögen, ein Interesse haben, kann ich auf die Argumentation des erwähnten Artikels im einzelnen eingehen.

Direktor Lange vergleicht die Entwicklung der Stundenlöhne der Arbeiter mit der Entwicklung der Preise der Produkte der Eisen verarbeitenden Industrie und zieht aus der Tatsache, daß die Stundenlöhne von einem bestimmten Zeitpunkt an gestiegen sind, während die Preise nicht gestiegen, zum Teil gesunken oder mindestens weniger gestiegen sind als die Löhne, den Schluß, daß weitere Lohnerhöhungen ungerechtfertigt oder untragbar seien. Unabhängig von der später zu erörternden Frage der Stichhaltigkeit der statistischen Darstellung sei zunächst darauf hingewiesen, daß ein Auseinanderstreben der Kurven der Lohn- und Preisentwicklung, derart, daß die Löhne steigen, bei stabilen oder auch sinkenden Preisen, an sich durchaus nicht das Kennzeichen einer ungesunden Entwicklung ist, sondern, daß vielmehr jede Wirtschaftspolitik, die auf Vermehrung des Volkswohlstandes gerichtet ist, gerade diesen Zustand erstreben muß. Auf die Gesamtheit des Lohn- und Preisniveaus übertragen, ist er ja die Voraussetzung dafür, daß die Lohnsteigerungen nicht nur nominale Bedeutung haben, sondern reale Einkommensverbesserungen der Arbeiter darstellen.

Wenn Direktor Lange des weiteren besonderen Nachdruck auf die Tatsache legt, daß in den Jahren von 1925 bis 1927 die Löhne sich aufwärts bewegten, ohne die Einbuchtung der Konjunktur im Jahre 1926, die in den Preisen sichtbar wurde, mitzumachen, so muß darauf hingewiesen werden, daß erstens auf der Lohnseite die Einwirkung der Konjunktur vornehmlich sich in den übertariflichen Verdiensten spiegelt, die in der Statistik, wie Direktor Lange selbst hervorhebt, nicht mit erfaßt werden, und daß zweitens die Jahre 1925 bis 1927 nicht nur durch ihre Konjunkturschwankungen gekennzeichnet sind, sondern daß wir es hier mit einer Periode außerordentlicher Rationalisierung zu tun haben, in der normalerweise, wenn auch die Arbeiter, die ja den Hauptdruck der Rationalisierung durch verschärftes Arbeitstempo und durch stellenweise Arbeitslosigkeit auszuhalten haben, einen Anteil an ihren Früchten tragen sollen, die Stundenlöhne steigen müssen, ohne daß deshalb eine Steigerung des Lohnaufwandes bei den Selbstkosten eintritt. In welchem Maße wir es bei der betrachteten Periode mit einer Zeit der Rationalisierung zu tun hatten, dafür darf ich auf den Bericht des Vereins Deutscher Maschinenbau-Anstalten über die Jahre 1925 und 1926 verweisen. In diesem Bericht wird z. B. über die Fließarbeit und die Reihenfertigung, die in vielen Betrieben mit Erfolg durchgeführt wurden, ausgesagt, daß sie sich in doppelter Hinsicht auswirken: „In einer steigenden Erzeugung je Kopf der Arbeiter und in sinkenden Selbstkosten und damit sinkenden Preisen."

Im einzelnen werden in diesem Bericht des V. d. M. A. Beispiele angeführt, bei denen durch die Fließarbeit 40 v. H. an Löhnen gespart wurden, obwohl eine Erhöhung des Stundenlohnes um 28 v. H. eintrat, oder bei denen sich die Leistung je Kopf der Arbeiter um 60 bis 70 v. H. gesteigert hat, so daß die Löhne je Arbeiter von 7,50 Mark pro Tag auf 12 bis 14 Mark pro Tag erhöht werden konnten. Als eine Kennzahl für die Entwicklung der Arbeitsleistung in der Maschinenindustrie hat der V. d. M. A. veröffentlicht, daß das Versandgewicht je Kopf des „Normalarbeiters", erstes Vierteljahr 1925 = 100 gesetzt, sich bis zum 3. Vierteljahr 1927 wie folgt entwickelt hat:

1925	1.	Vierteljahr	100
„	2.	„	109
„	3.	„	118
„	4.	„	131
1926	1.	„	137
„	2.	„	139
„	3.	„	144
„	4.	„	138
1927	3.	„	145

Wenn schon aus diesen Gründen die Zahlen und die graphische Darstellung, die Direktor Lange an dieser Stelle gegeben hat, m. E. die Beweiskraft nicht haben können, die er ihnen gegen die Tendenz der Lohnerhöhung beilegt, so kommt noch weiter hinzu, daß die gegebenen Zahlen und insbesondere die graphische Darstellung, die von Mitte 1925 = 100 ausgeht, aus einer Reihe von Gründen die Differenz zwischen Lohnentwicklung und Preisentwicklung viel erheblicher erscheinen läßt, als sie m. E. in Wirklichkeit gewesen ist. Nur wenn man gerade den Höchststand der Preise Mitte 1925 = 100 setzt, wie es Lange tut, liegen die Preise dauernd unter der „100-Linie", während die Löhne dauernd darüber hinaus steigen. Setzt man in beiden Fällen das Jahr 1913 = 100, so zeigt sich ein Gesamtbild, bei dem Löhne und Preise gestiegen sind, wenn auch die Löhne in stärkerem Maße. Des weiteren kommt aber hinzu, daß der Preisindex

Severings Aufgabe

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

sm **Essen,** 29. November

Als Vermittler im Eisenkonflikt wird hier der Reichsinnenminister Severing genannt, der aus seiner früheren Tätigkeit als Reichs- und Staatskommissar in Münster vor und nach dem Kapp-Putsch sowie als gebürtiger Westfale als besonderer Kenner der Verhältnisse des Industriegebietes gilt. Wie verlautet, sind die Parteien vor der Benennung des Reichsinnenministers um ihr Einverständnis befragt worden. In hiesigen Kreisen gibt man sich der Hoffnung hin, daß es dem als besonders objektiv urteilenden Minister gelingen wird, den gordischen Knoten zu lösen.